

Solidarität ist Voraussetzung für Freiheit und Sicherheit

Herbert Wehner, der im vergangenen Jahr 70 Jahre alt wurde, ist Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

An Solidarität wird oft appelliert. Auf Solidarität sind viele angewiesen. Solidarität wird ebenso oft mißverstanden wie mißbraucht. Ohne Solidarität verkümmert oder verkommt das menschliche Gemeinwesen. An den einzelnen stellt Solidarität unter Umständen hohe Ansprüche. Aber im Leben fast jedes einzelnen ergeben sich Umstände, die für ihn ohne Solidarität anderer mit ihm für ihn unglücklich oder verhängnisvoll ausgehen würden.

Solidarität ist keine Staatsangelegenheit. Aber ein freiheitlich demokratischer Staat ist ohne in Lebensfragen solidarische Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Scheitern verurteilt. Es gibt kein Parteien- oder Verbandsmonopol auf Solidarität. Aber die praktizierte gewerkschaftliche Solidarität hat für die Entwicklung des demokratischen Staatsbewußtseins und für die Sicherung der demokratischen Verfassung in Deutschlands wechselvoller Geschichte einen hohen Rang.

Groteskerweise hat in der Debatte über die Regierungserklärung des Bundeskanzlers *Helmut Schmidt* der Oppositionsführer *Helmut Kohl* dem Bundeskanzler „Unfähigkeit“ vorgeworfen, „Solidarität politisch neu zu definieren“. Er warf dem Bundeskanzler vor, „eben kein liberales, sondern . . . ein sozialistisches Verständnis von Solidarität“ zu haben. Dem entspreche ein „technokratisches Regierungsverständnis“, demzufolge „die nicht organisierbaren Interessen der Menschen durch die Maschen der Politik hindurchfallen“.

Ohne Wortklauberei betreiben zu wollen, darf erinnert werden, daß der alte Bundeskanzler *Konrad Adenauer* im Mai 1963 dem damaligen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands *Erich Ollenhauer* in seinem Glückwunschtelegramm aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der SPD geschrieben hat: „Ihre Partei ist aus der soziologischen und politischen Entwicklung der neueren Zeit in Deutschland nicht wegzudenken. Ihre Verdienste um den freiheitlichen demokratischen Aufbau unseres Vaterlandes können von niemandem geschmälert werden.“

So ändern sich die Zeiten und die Sitten. Der alte Bundeskanzler Adenauer (CDU): „Ich wünsche der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein erfolgreiches Mitwirken an der politischen Willensbildung und an allen Aufgaben für das öffentliche Wohl in dem zweiten Jahrhundert ihres Bestehens, in das sie nunmehr eintritt.“ Der neue Oppositionsführer Kohl (CDU/CSU): „Solidarität ist für Sie in erster Linie eine staatliche Leistung. Sie spüren offensichtlich gar nicht, was immer mehr Menschen spüren: daß der einzelne auch entmündigt wird, wenn ihm die Motivation, der Anreiz zur eigenen solidarischen Leistung genommen wird.“

Der Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in seiner Regierungserklärung von einer Gesellschaft gesprochen, „in der die Menschen einander mit Respekt und Verständnis begegnen können, eine Gesellschaft, in der Mitmenschlichkeit kein Fremdwort ist, in der Lebensangst und Isolierung der Zuversicht weichen, in der Menschen einander nicht nur tolerieren, sondern auch anerkennen und aufeinander zugehen“. Er hat betont: „Wenn wir eine solche Gesellschaft wollen, dann brauchen wir mehr Solidarität und Liberalität in unserem Land - Liberalität, weil sie der Kern der Demokratie ist, und Solidarität, weil sie Gerechtigkeit erst möglich macht und weil nur durch Solidarität die soziale Sicherheit ermöglicht wird, aus der erst die erlebbare persönliche Freiheit von vielen, vielen Millionen Menschen fließen kann.“

Der Oppositionsführer Kohl hat am Bundeskanzler Schmidt vorbeigeredet mit seiner Behauptung: „Solidarität ist für Sie in erster Linie eine staatliche Leistung.“ Doch der Bundeskanzler hat deutlich gesagt: „Jeder weiß, daß sich Mitmenschlichkeit, Toleranz und Nächstenliebe nicht verordnen lassen. Unser Land braucht aber vielleicht mehr davon, im Umgang der Menschen miteinander, zwischen alt und jung, zwischen gegensätzlichen politischen Gruppierungen, zwischen politischen Gegnern.“

„Sie beschreiben Solidarität nach wie vor mit der alten sozialen Frage des 19. Jahrhunderts und bleiben damit der Tradition Ihrer Partei treu.“ Das gehörte zum Vorwurf des Oppositionsführers gegen das Solidaritätsverständnis des Bundeskanzlers. Aber weder mit dem Hinweis auf die Tradition der politischen Partei des Bundeskanzlers noch mit seinem demokratischen Staatsverständnis läßt sich begründen, was der Oppositionsführer mit dem Vorwurf „technokratisches Staatsver-

ständnis" und mit der Behauptung, „daß die nicht organisierbaren Interessen der Menschen durch die Maschen Ihrer Politik hindurchfallen" hat postulieren wollen.

Als am 1. Juli 1969 *Gustav Heinemann* - mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Liberalen zum Bundespräsidenten gewählt - sein Amt antrat, erklärte er den versammelten Mitgliedern des Bundestags und des Bundesrats:

„Wir stehen erst im Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte. Freiheitliche Demokratie muß endlich das Lebenselement unserer Gesellschaft werden. Nur wenn das gelingt, begegnen wir der Widersprüchlichkeit unserer Zeit, die ich darin sehe, daß der Bereich dessen, was der einzelne gestalten kann, enger wird, zugleich aber die Selbstbestimmung des einzelnen Raum gewinnt . . . In einem zuvor nie erlebten Tempo macht sich die Menschheit die Schöpfung bis in den Weltraum hinein Untertan. Der einzelne aber wird immer ohnmächtiger. Die Konzentration der Wirtschaft schreitet fort. Die ohnehin großen Bürokratien wachsen weiter. Was wird — so frage ich — aus dem freien Existenzraum der einzelnen? Ihr Anteil am Getriebe von Erzeugung und Verbrauch wird immer spurenloser, immer unpersönlicher, immer fremdbestimmter.

Ist es aber zugleich nicht auch so, daß wir eine neue Welle von Umbruch einer jahrhundertelangen Fremdbestimmung des Menschen in eine verantwortliche Eigenbestimmung erleben? . . .

Generell wird man sagen müssen, daß ein Drang nach Freiheit von alten Bindungen und nach Mitbestimmung in allen Gemeinschaftsverhältnissen unsere Zeit erfüllt. Es geht um den Dialog, es geht um die Durchsichtigkeit der Geschehnisse und der Entscheidungen. Sind wir — so frage ich — bereit, dem Rechnung zu tragen? Ich meine, wir sind in der Lage, die große Wandlung aus obrigkeitlicher Fürsorge in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu bestehen, ohne daß unser Zusammenleben aus den Fugen gerät.

Es kommt ja hinzu, daß der Mensch sich nicht nur in seiner Arbeit und in seinem Verbrauch einer Fremdbestimmung ausgeliefert sieht, sondern daß er auch als Staatsbürger einen realen Anteil an demokratischer Mitbestimmung fordert. In den Massengesellschaften der Industriestaaten kann es aber nur repräsentative Demokratie geben. Diese Bundesrepublik ist daher bewußt als repräsentative Demokratie gestaltet. Ich halte ihre auf Menschenwürde und Menschenrecht begründete Ordnung als Grundlage und Rahmen für die beste in unserer bisherigen Geschichte. Diese Ordnung ist aber nicht fertig.

Alle ihre Ordnungsmerkmale, als da sind: freiheitliche Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, bedürfen im Staat und in der Gesellschaft der fortwährenden Bemühung um täglich bessere Verwirklichung durch den mündig mitbestimmenden Bürger . . . Unsere freiheitliche Ordnung eines weltanschaulich neutralen Staates ist ein großes Angebot. Sie regelt das Abstimmbare der prakti-

schen Gemeinschaftsfragen durch Mehrheitsentscheidungen. Demokratischer Umgang miteinander erfordert dabei die Bereitschaft zum Kompromiß. Die Fragen des Guten, des Schönen, der Wahrheit, des Glaubens aber verweist unsere Ordnung als nicht abstimmbare auf den Weg des Dialogs und in die Obhut der Toleranz."

Situation, Rolle und Rechte der einzelnen (das heißt der Mitbürgerinnen und Mitbürger) in Gesellschaft und Staat, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und die Bemühungen, eine auf Menschenwürde und Menschenrecht begründete Ordnung zu verwirklichen und zu sichern, hat der ehemalige Bundespräsident Heinemann in sorgfältiger Gewissenhaftigkeit beschrieben. Die Auseinandersetzung zwischen dem gegenwärtigen Oppositionsführer Kohl und dem Bundeskanzler Schmidt rechtfertigt es, daran nicht nur zu erinnern, sondern die Diskussion auf die tatsächlichen Auffassungen und Merkmale der Solidaritäts- und Demokratieverständnisse zurückzuführen, statt Gespensterschlachten zu schlagen.

Was soll der „Vorwurf“ des Oppositionsführers an den Bundeskanzler, dieser beschreibe „Solidarität nach wie vor mit der alten sozialen Frage des 19. Jahrhunderts“ und bleibe damit der Tradition der SPD treu?

Als diese Partei 1959 in Bad Godesberg sich ihr Grundsatzprogramm gab, in dem sie die Erfahrungen mit zwei Weltkriegen und den mit ihnen einhergehenden Diktaturen zu verarbeiten sich bemüht hat, führte ihr damaliger Vorsitzender Erich Ollenhauer unter anderem aus:

„Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft, ohne den die große Leistungsfähigkeit der modernen Industriegesellschaft nicht denkbar ist, hat den führenden Männern der Wirtschaft zugleich große Macht in die Hand gespielt. Die Macht bedroht die Unabhängigkeit und die Bewegungsfreiheit der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen.

Sie gefährdet den Anspruch der Verbraucher, daß ihnen die gesteigerte Ertragsfähigkeit der Wirtschaft in Güte und Preis der Erzeugnisse zugute kommt. Sie nimmt zahllosen leistungsfähigen mittleren und kleinen Unternehmen die Existenzgrundlage. Sie ist eine schwere Hypothek auf den Grundlagen der demokratischen Ordnung, die auf gleiches Recht und nicht auf Macht begründet sein sollte. Schließlich kommen hinzu die Gefahren, die sich aus der wachsenden Bürokratisierung unseres öffentlichen Lebens ergeben."

Ollenhauer hat damit klargemacht, daß es erforderlich sei, die Politik seiner Partei auf einer breiten Grundlage als Volkspartei zu entwickeln. Dazu gehört eine unbefangene Auffassung vom Staat und seiner Bedeutung für das Ringen um freiheitliche soziale Lebensverhältnisse aller. Ollenhauer sah es so:

„Der Staat ist heute Träger vielfältiger Aufgaben auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Diese Entwicklung war unvermeidlich, weil nur auf diese Weise

die Erfüllung lebensnotwendiger Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit sichergestellt werden konnte. Aber der wachsende Behördenapparat auf allen Stufen unseres staatlichen Lebens bringt auch eine wachsende Bürokratisierung unseres Lebens mit sich.

In allen diesen Erscheinungen liegen wesentliche Ursachen für das, was man heute die Krise des Parlamentarismus nennt. Diese Krisenerscheinungen sind unbestreitbar. Sie können aber nicht beseitigt, können nicht gelöst werden mit formalen und technischen Reformen, sondern müssen gelöst werden, indem die demokratischen Kräfte im Volke gestärkt und die außerparlamentarischen Mächte unter die Kontrolle der demokratischen Gewalten gebracht werden."

Erich Ollenhauer verstand das Grundsatzprogramm der SPD, das im Jahre 1959 in Bad Godesberg beschlossen wurde, als den Versuch „nicht nur diese Gefahren zu bannen, sondern ein gesellschaftliches System zu entwickeln, das die Freiheit des Bürgers und seine lebendige Mitwirkung in der Gestaltung der Demokratie auf allen Lebensgebieten sichert".

Als Gustav Heinemann als Bundespräsident zum 25. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes im Plenarsaal des Bundestages sprach, betonte er: „Das Grundgesetz hat uns auf den Weg der Demokratisierung gebracht. Sie zielt im Staat, aber auch in Bereichen der Gesellschaft auf mehr Freiheit und mehr Mitbestimmung der Bürger."

Staat und Gesellschaft sowie in ihnen die Rechte der Mitbürgerinnen und Mitbürger wurden und werden - wie das aus diesen Darlegungen ersichtlich ist - jeweils in ihrer eigenen Rolle und in ihren Beziehungen zueinander verstanden. Darüber, wie die konkrete Politik sein soll, müssen die politischen Kräfte miteinander streiten und um die bestmöglichen Lösungen ringen können.

So war auch zu verstehen, was Bundeskanzler *Willy Brandt* in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 sagte:

„Wenn wir leisten wollen, was geleistet werden muß, brauchen wir alle aktiven Kräfte unserer Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die allen weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen offen sein will, ist auf ethische Impulse angewiesen, die sich im solidarischen Dienst am Nächsten beweisen. Es kann nicht darum gehen, lediglich hinzunehmen, was durch die Kirchen für die Familie, in der Jugendarbeit oder auf dem Sektor der Bildung geleistet wird. Wir sehen die gemeinsamen Aufgaben, besonders, wo Alte, Kranke, körperlich oder geistig Behinderte in ihrer Not nicht nur materielle Unterstützung, sondern auch menschliche Solidarität brauchen. Im Dienst am Menschen - nicht nur im eigenen Land, sondern auch in den Entwicklungsländern — begegnet sich das Wirken kirchlicher und gesellschaftlicher Gruppen mit dem politischen Handeln. Wir werden uns darum bemühen, daß sich die begrün-

deten Wünsche der gesellschaftlichen Kräfte und der politische Wille der Regierung vereinen lassen."

Was soll angesichts dieser klaren Aussagen die Redensart, der sozialdemokratische Bundeskanzler beschreibe Solidarität nach wie vor „mit der alten sozialen Frage des 19. Jahrhunderts"? Weder der Traditionen noch der ethischen Impulse, die durch die alte freiheitliche Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts gegeben wurden und weiter leben, haben sich Gewerkschafter und Sozialdemokraten zu schämen, noch haben sie sich diese „vorhalten" zu lassen.

In einer alten Schrift „Der Arbeiterschutz, besonders die Arbeiterschutzgesetzgebung", herausgebracht 1890, bevor erstmals der 1. Mai international begangen wurde, finden sich in der Sprache der damaligen Zeit folgende Sätze:

„Die Erfolge der Arbeiter wären aber nicht möglich geworden, wenn die Widerstandsfähigsten unter ihnen nur für sich gesorgt und gekämpft, wenn sie sich nicht als die Vorkämpfer, die Leiter und Organisatoren der gesamten Arbeiterklasse betrachtet hätten, wenn sie nicht bestrebt gewesen wären, ihre schwächeren Mitarbeiter, die entweder gar nicht oder wenigstens nicht allein, ohne fremde Hilfe, im Stande waren, ihre Interessen zu vertreten, an ihren Errungenschaften teilnehmen zu lassen . . . Die Solidarität aller Arbeiterschichten, das Zusammengehen der Starken mit den Schwachen, wird dem Proletariat nicht bloß durch ideale Beweggründe geboten, durch dieselben Beweggründe, welche die modernen Arbeiter für alle Unterdrückten eintreten lassen, wer immer sie seien, sondern auch durch ihr wohlverstandenes eigenes Interesse. Die Interessen der gesamten Arbeiterklasse hängen eben tatsächlich auf das Innigste zusammen; ihre ideale Solidarität ist bloß das Abbild ihrer wirklichen Solidarität."

Solcher Traditionen brauchen sich die Angehörigen und die Vertreter der modernen Arbeitnehmerbewegung nicht zu schämen. Denn sie haben Wesentliches, wenn nicht sogar das Entscheidende zur Entwicklung der gesellschaftlichen Ordnung und des demokratischen Staatswesens beigetragen. Oder hätten sie sich zu schämen des Satzes, den *August Bebel* im Vorwort zu seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus" geprägt hat: „Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter"? Zu schämen haben wir uns allerdings der Tatsache, daß die Solidarität noch nicht aufgebracht worden ist, durch die allein diese Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter verwirklicht werden kann.

Und wie ist es mit der Feststellung, die *August Bebel* in seinem Bericht an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach der Aufhebung des sogenannten Sozialistengesetzes *Bismarcks* getroffen hat: Daß das wichtigste Recht der arbeitenden Menschen ihr Recht sei, sich in eigenen freien Organisationen zusammenzuschließen und durch diese zu wirken? Verdankt unser Volk der Tatsache, daß dieses Recht

immer wieder lebendig geworden ist - auch nach Zeiten der Unterdrückung - nicht das, was zum Beispiel Gustav Heinemann in seiner Antrittsrede ebenso wie in der Rede zum 25. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes ausgedrückt hat?

In der „Offenburger Erklärung“ (ein Beitrag der Sozialausschüsse der CDA - Christlich-Demokratische Arbeitnehmer - zur Diskussion des Parteiprogramms der CDU), beschlossen am 9. Juli 1967, wurde postuliert: „Wir wollen die offene Gesellschaft: die frei ist von Zugangsbeschränkungen, die Gleichheit der Chancen gewährt, die strukturelle und materielle Hindernisse beseitigt. Wir wollen die solidarische Gesellschaft: die Institutionen schafft und unterstützt, welche den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft fördern, ohne den Eigenwert der Person in Frage zu stellen, die Solidarität nicht auf die Grenzen des Nationalstaates beschränkt, sondern weltweit sieht.“ Und an anderer Stelle: „Solidarität schafft Sicherheit. Die menschlichen Risiken haben sich mit der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung gewandelt. Die soziale Existenz des einzelnen kann nur noch gesellschaftlich gesichert werden. Wir wollen Solidarität zur Lösung der Ordnungsaufgaben. Jeder hat entsprechend seiner Belastbarkeit seinen Beitrag zu leisten.“

Es wäre an der Zeit, sich zu besinnen auf die Umstände, aus denen die „Einheitsgewerkschaften“ erwachsen sind in dem Teil Deutschlands, in dem nach dem zweiten Weltkrieg Gewerkschaften und politische Parteien allmählich die Möglichkeit bekamen, entwickelt zu werden. Wenn in unserem Staat gelegentlich und manchmal taktisch berechnet an die „Solidarität der Demokraten“ appelliert wird, möge man sich dazu bereit finden, die unterschiedlichen Wurzeln der demokratischen Kräfte nicht nur gelegentlich bei Feierstunden zu respektieren, sondern sie auch mit Verständnis und so sachlich wie es eben menschenmöglich ist, zu würdigen.

Kurt Schumachers Sätze, gesprochen im Rahmen einer Parteitagsrede in Nürnberg, als 1947 der zweite Nachkriegsparteitag der SPD abgehalten wurde, verdienen auch heute noch - vielleicht sogar gerade heute! - ernsthafte Würdigung: „Die Demokratie beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und der Ehrlichkeit. Die Demokratie kann nur leben, wenn die Menschen selbständig sind und den Willen zur Objektivität haben. Aber die technokratische und geradezu kriegswissenschaftliche Handhabung der politischen Mittel führt zum Gegenteil.“

Das „Prinzip der Gegenseitigkeit und der Ehrlichkeit“ wird im Streit der politischen Gegner in der Bundesrepublik mißverstanden, wenn jeder der Streitenden „Ehrlichkeit“ lediglich für seine Seite - eigentlich sogar nur für sein eigenes „Imago“ - in Anspruch nimmt. Davon ist heute leider keine politische Parteimaschinerie frei. Es ist Zeit, sich zu besinnen. Oder es führt die Mißachtung des „Prinzips der Gegenseitigkeit und der Ehrlichkeit“ zum Ruin des demokratischen Staates.

Ebenso wichtig ist die Erinnerung an *Hans Böcklers* Worte, daß die Gewerkschaften nicht wieder bloße Lohn- und Tarifmaschinen werden wollten, sondern da-

beisein wollen überall, wo gewirtschaftet wird. Wichtig für die Gewerkschafter und wichtig für die politischen Parteien, die sich nicht wechselweise an die Stelle der anderen setzen können und dürfen, die aber wechselseitig ihre Rollen im demokratischen Gemeinwesen und für das Ganze respektieren und ausfüllen müssen, wenn dem Gemeinwohl gedient werden soll. Um so schlimmer ist, wenn von „Filzokratie“ gesprochen und geschrieben wird, weil und wenn Gewerkschafter auch in politischen Parteien Verantwortung ausüben oder umgekehrt. „Die technokratische und geradezu kriegswissenschaftliche Handhabung der politischen Mittel führt zum Gegenteil“ - das gilt auch für solche „Kampagnen“. Technokratische Spielereien mit einem „Verbändegesetz“ gehören in diesen Zusammenhang. Ebenso wie das Ausspielen derjenigen, die „nicht durch starke Verbände geschützt“ seien, gegen andere, die angeblich „die neue soziale Frage“ personifizieren. Ein demokratisches Gemeinwesen gewinnt durch das Vorhanden- und Tätigsein unabhängiger Verbände. Aber freie, unabhängige Organisationen der arbeitenden Menschen unter Kuratel stellen zu wollen, schadet dem Blutkreislauf im demokratischen Gemeinwesen.

Otto Brenner - dem auch die Angehörigen anderer Parteien als die Angehörigen der Partei, der er zugehört hat, die demokratische und gewerkschaftliche Integrität nicht absprechen werden - hat vor fünf Jahren - im April 1972 - in einem Zeitschriftenartikel „Europa und die soziale Frage“ aus reichen Erfahrungen und mit seherischem Blick, wie eine Art Vermächtnis kurz vor seinem Hinscheiden, sowohl die Ziele und die Notwendigkeiten der europäischen Integration beschrieben als auch die spezifischen Erfordernisse gewerkschaftlicher und sozialer Zielsetzungen dargelegt. Er hat davor gewarnt, „das Stichwort europäische Sozialpolitik als Vehikel“ zu benutzen, Forderungen an die Institutionen der Gemeinschaft zu richten, die im Grunde Forderungen an die Gewerkschaften selbst sind. „Es mag vielleicht verständlich sein, daß schwache Gewerkschaften, die ihre berechtigten Forderungen aus eigener Kraft nur begrenzt durchsetzen können, sich an den Staat oder übernationale Instanzen wenden. Aber es wäre gefährlich, Sozialpolitik und Tarifpolitik so miteinander zu verknüpfen, daß eines Tages zwangsläufig die Tarifautonomie auf der Strecke bleiben muß. Für die Gewerkschaften gilt es daher, alle Anstrengungen zu machen, ihre Stärke zu vergrößern und sehr entschieden darüber zu wachen, daß bei der Gestaltung der europäischen Sozialpolitik die Autonomie der Tarifvertragsparteien als integraler Bestandteil der europäischen Wirtschafts- und Sozialordnung erhalten bleibt.“

Solidarität ist Voraussetzung für Freiheit und Sicherheit. Das gilt in jeder Beziehung. Und Solidarität ist weder zu kommandieren noch zu ersetzen durch Reglementieren. Solidarität ist nicht „Eine Hand wäscht die andere“ und ist auch nicht „Korpsgeist“. Solidarität bedeutet, daß „die Widerstandsfähigsten nicht für sich allein kämpfen oder sorgen, sondern bestrebt sind, ihre schwächeren Mitarbeiter, die entweder gar nicht oder wenigstens nicht allein, ohne fremde Hilfe, im Stande wären,

ihre Interessen zu vertreten, an ihren Erfolgen teilnehmen lassen". Das gilt übrigens - genau besehen - auch für die Anstrengungen, mit denen eigentlich die Arbeitslosigkeit überwunden werden sollte. Das demokratische Gemeinwesen kann ohne Solidarität nicht gedeihen.